

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Ppf., bei Lieferung frei Haus 50 Ppf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlassätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. A. Förster's Erben. Verantwortlich für Dertliches u. Sächsisches, Unterhaltungs- und Sport u. Anzeigenteil Walter Hoffmann, Pulsnitz, für Politisches und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. IV.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolph-Sittler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 106

Donnerstag, den 7. Mai 1936

88. Jahrgang

Unterhaus = Erklärung Edens

„Der Völkerbund muß fortbestehen“

London, 7. Mai.

Außenminister Eden erklärte in seiner Rede im Unterhaus, man müsse zugeben, daß der Völkerbund gescheitert sei. Man müsse zugeben, daß England enttäuscht sei. Obwohl die Struktur des Völkerbundes und die kollektive Sicherheit einen schweren Schlag erhalten hätten, dürfe man sich nicht scheuen, die Lehren aus diesen Erfahrungen zu ziehen. Man müsse der Welt sagen, was für einen Kurs Großbritannien für die Zukunft vorschläge. Es sei klar, daß der Völkerbund fortbestehen müsse. In der heutigen Welt sei der Völkerbund für die Organisierung der internationalen Angelegenheiten nicht zu entbehren. Ebenso klar sei aber auch, daß die Lage überprüft werden müsse und daß diese Überprüfung nach Ansicht der britischen Regierung durch den Völkerbund erfolgen müsse.

Jede Regierung müsse heute Rückschau halten und über ihr künftiges Vorgehen entscheiden. Zur gegebenen Zeit werde die britische Regierung vollkommen bereit sein, ihre Ansichten darzulegen. England beabsichtige, sofort in eine Erwägung der zur Behandlung stehenden Probleme einzutreten, und zu diesem Zwecke werde sie sich mit den Dominions ins Benehmen setzen. Auf Deutschland übergehend sprach Eden die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, den britischen Fragebogen am Donnerstag in Berlin zu übergeben.

Auf die Frage Lloyd Georges, ob es richtig sei, daß es sich nicht um kollektive Fragen handele, sondern lediglich um Fragen der britischen Regierung an die deutsche Regierung, erklärte Eden, England wisse zwar, was für Punkte andere Regierungen interessierten, die Fragen seien jedoch von England auf eigene Verantwortung gestellt worden. Sie seien niemandem unterbreitet worden, und er hoffe, daß sie morgen in Berlin überreicht werden würden.

Bezüglich der von England auf der Ratstagung am Montag einzuschlagenden Politik erklärte Eden, er nehme an, daß das Unterhaus mit ihm darin übereinstimme, wenn er unter den gegenwärtigen Umständen um ein gewisses Maß an Vertrauen für die Vertreter der Regierung bitte. Er halte es nicht für unvernünftig, wenn die Regierung in dieser Angelegenheit um freie Hand eruche.

Zu Beginn der Sitzung hatte Ministerpräsident Baldwin erklärt, daß er nicht in die Aussprache einzugreifen beabsichtige. Hierauf brachte der Hauptredner der oppositionellen Arbeiterpartei, Dr. Dalton, einen Antrag auf Herabsetzung des Haushalts des Außenministeriums ein, um die Möglichkeiten einer Abstimmung zu erhalten. Ein scharfste kritisierte er sodann die Außenpolitik der Regierung und bestritt die Nichtigkeit der kürzlichen Verurteilung Edens, daß sich England im Abessinien-Konflikt keine Wortwürde zu machen brauche.

Lautes Gelächter auf den Ministerbänken rief die Äußerung Daltons hervor, daß sich England nun auch den bitteren Haß der italienischen Nation zugezogen habe, was England eines Tages vielleicht noch teuer zu stehen kommen werde. Wer könne bestreiten, daß die britische Oberherrschaft bedroht werde? Die Arbeiterpartei mache die Regierung für den Ausbruch des Krieges verantwortlich, denn sie hätte ihn verhindern können. Die englische Regierung habe auch ihre Verpflichtungen unter den Völkerbundsabmachungen und insbesondere unter Artikel 16 nicht ausgeführt, sie habe die Abessinier ermutigt, Widerstand zu leisten in dem Glauben, daß der Völkerbund helfen werde. England habe die Abessinier ihrem Schicksal überlassen und ihnen keinerlei Hilfe geleistet, sondern Mussolini in seinem Vernichtungsfeldzug noch unterstützt.

Die englische Regierung habe den Völkerbund in Mißkredit gebracht und die Millionen der englischen Wähler verraten, von denen sie ihre Stimmen erhalten hätte, weil die Öffentlichkeit geglaubt habe, daß England die Völkerbundsabmachungen unterstüze. Jeder Vorschlag für die Ausdehnung der Sühnemaßnahmen sei an dem Widerstand der „Hotelschlafzimmer-Diplomatie“ gescheitert. Der Rat habe sich nicht mit der Teilfrage zu befassen, was aus den besetzten Abessinien und dem siegreichen

Italien werden solle, sondern mit dem Völkerbundsproblem überhaupt. In diesem Stadium dürfe keine Rede davon sein, daß der Sieg Italiens durch eine Aufhebung der Sühnemaßnahmen anerkannt werde. Im Gegenteil spreche gerade jetzt sehr viel für eine Verschärfung dieser Sühnemaßnahmen durch die Verhängung der Delsperre.

Nach Dalton gab Eden die eingangs wiedergegebene Erklärung ab. Im übrigen betonte Eden noch, Dalton habe die Dinge in einer Weise geschildert, die mit der Wahrheit in keinerlei Beziehung stehe. Die Lage, der heute Großbritannien und alle anderen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes gegenüberstünden, sei schwierig und enttäuschend.

Man habe absichtlich mit den Sühnemaßnahmen begonnen, die ein begrenzter Völkerbund verhältnismäßig wirksam gestalten könne. Die Schwäche dieser Maßnahmen habe darin bestanden, daß sie nicht sofort wirkten. Das habe der Völkerbund gewußt. Es habe nur eine Sühnemaßnahme gegeben, die sofort wirksam gewesen wäre: Sperre des Suez-Kanals. Eine solche Maßnahme würde aber eine militärische Aktion im Gefolge gehabt haben, die unvermeidlich zum Kriege geführt hätte.

Wenn die Schließung des Suez-Kanals die einzig wirksame Sühnemaßnahme gewesen sei, wie unlogisch sei die Stellungnahme Daltons und seiner Partei, wenn diese sich gegen den Haushaltsantrag auf Vermehrung der Rüstungen wendet und den Haushalt als ein Kriegsbudget ablehnt?

Überreichung des Fragebogens angekündigt

Eden wandte sich dann der Lage in Westeuropa zu. Er erinnerte an die Schlussverhandlung der Locarnomächte in Genf, deren Inhalt er noch einmal kurz zusammenfaßte. Er betonte, daß die britische Regierung großen Wert auf die Erforschung aller Möglichkeiten für eine Versöhnung zwischen den ehemaligen Locarnomächten lege. Daher werde sie mit der deutschen Regierung in Verbindung treten, um eine gewisse Anzahl von Punkten der deutschen Denkschrift aufzuklären.

Dalton habe um weitere Mitteilungen über diese Frage gebeten. Er glaube jedoch nicht, daß das Haus dies wirklich wünsche, daß diese Verhandlungen die besten Erfolgsaussichten hätten und er bitte daher das Unterhaus, zu erwägen, ob es im Interesse der Verhandlungen liege, wenn er sich über die Fragen äußere, die England vorzubringen beabsichtige, noch bevor sie überhaupt übergeben worden seien. Er teile die Fragen auch keiner anderen Regierung mit, bevor sie die deutsche Regierung erhalten habe.

Auf die Frage Lloyd Georges, ob es richtig sei, daß es sich nicht um kollektive Fragen handele, sondern lediglich um Fragen der britischen Regierung an die deutsche Regierung, erklärte Eden, England wisse zwar, was für Punkte andere Regierungen interessierten,

die Fragen seien jedoch von England auf eigene Verantwortung gestellt worden. Sie seien niemandem unterbreitet worden, und er hoffe, daß sie Donnerstag in Berlin überreicht werden würden.

Er wüßte zu betonen, daß das Ziel der britischen Regierung daselbe sei wie von Anfang an. Sie wüßte aus einer Zeit der Krisen, eine Zeit der Gelegenheiten zu machen. Die „einseitige Aufwindung“ Locarnos sei ein Schlag für die Sicherheitsstruktur Europas gewesen. Die Aufgabe bestehe nunmehr darin, wieder aufzubauen. Er sei entschlossen, das äußerste zu tun, um die Fragen und Schwierigkeiten, die der britischen auswärtigen Politik gestellt seien, zu lösen. Man dürfe jedoch nicht blind gegenüber der Wiederaufrüstung sein, die überall stattfindet. Der britischen Regierung sei es natürlich schwierig, die internationale Verständigung zu fördern und zugleich auf der eigenen Wiederaufrüstung zu bestehen. Die große Aufgabe, die die britische Regierung zu erfüllen habe, läge in einer bewaffneten Welt nur dann wirksam durchgeführt werden, wenn England die nötigen Mittel hierzu zur Verfügung habe.

Eden schloß mit einem Appell, die auswärtigen Angelegenheiten nicht vom parteilichen Standpunkt aus zu sehen, weil dies die Aufgabe der britischen Regierung nur schwieriger gestalte.

Nach Eden sprach der Führer der liberalen Opposition, Sir Archibald Sinclair, der erklärte, daß der Außen-

minister nicht vermocht habe, die gegen die Regierungspolitik von Dalton vorgebrachte Kritik sowie die Besorgnisse, die allenthalben in England gehegt würden, zu beschwichtigen.

Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Arthur Henderson, ein Sohn des verstorbenen Präsidenten der Abrüstungskonferenz, bezeichnete die Behauptung, daß die deutsche Wiederaufrüstung die einzige Ursache der englischen Aufrüstungsmaßnahmen sei, als unzutreffend. Deutschland habe 16 Jahre lang gewartet, bevor es mit seiner Aufrüstung begann. Die Tatsache, daß sich Deutschland jetzt die Gleichberechtigung selbst genommen habe, sei auf die Politik der anderen europäischen Regierungen zurückzuführen.

Sir Austen Chamberlain sprach sich in eindeutiger Weise gegen die Fortsetzung der Sühnepolitik aus. Er sagte zunächst, daß eine Großmacht, die sich für eine Angriffsbehandlung entschieden habe, nicht durch wirtschaftliche Sühnemaßnahmen abgestraft werden könnte. Nur die Ansammlung einer gewaltigen Streiktrakt hätte Italien seinerzeit vom abessinischen Feldzug abbringen können. Heute hätten sich die Umstände völlig verändert.

Wenn man heute die Sühnemaßnahmen fortsetzen wolle, so wäre das eine gefährliche und zwecklose Politik. (Lauter Beifall auf der Ministerbank.)

Auch den Vorschlag der Opposition, den britischen Botschafter in Rom zurückzuziehen, bezeichnete Chamberlain als unzuständig, da hierdurch die Politik Mussolinis nicht geändert würde. Ebenso würde es keinen Sinn haben, Italien aus dem Völkerbund auszustossen, denn eine solche Maßnahme würde eine Schwächung des Völkerbundes bedeuten. Chamberlain griff dann die englischen Sanktionspolitiker in scharfen Worten an. Wenn man heute Flottenmaßnahmen gegen Italien ergreifen wolle, so würde das den sofortigen Krieg bedeuten. Wenn man den Bogen überspanne, dann bestehe die Gefahr, daß sich viele Nationen ihren Völkerbundsverpflichtungen entzögen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen setzte sich Chamberlain für eine Reform des Völkerbundes ein. Die Bemühungen der englischen Regierung, Deutschland und andere Länder in den Völkerbund zurückzubringen und verschiedene regionale Pakte zu erzielen, seien Schritte in der richtigen Richtung.

Der Konservative D'Neil erklärte, daß der Völkerbund in seiner jetzigen Form tot und erledigt sei. England solle die Sicherheit Frankreichs und Belgiens garantieren und gleichzeitig die Erzielung eines dauernden Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich unterstützen.

